

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

200 (3.9.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 8.87 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Anzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Erscheinenszeiten der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Adenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Director.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. V.: Franz Wähler; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtlich in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Anzeigen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

Die Verteilung der Hilfgelder in Donaueschingen

In dieser Versammlung verzeigten Frau Rosina Wme. nicht, die Witwe Hanger verzeigte auf ihren Anteil an dem Fahrnisbrandgeld nicht, aber auf den Anteil, der auf ihren Gebäulichkeiten an den Hilfgeldern entfällt. Die Malischen Erben erklärten ebenfalls, sie könnten auf beide Anteilnahmen als Fahrnisbeschädigte und als Hausbeschädigte nicht verzichten. So verhält es sich in Wirklichkeit und es kann als feststehend gelten, daß Leute, die sicher nicht weniger bezichtigt waren als Wittenmann nicht oder nur teilweise verzeigten. Wittenmann verließ an Weihnachten 1908 Donaueschingen und ließ das weitere geschehen.

Die 3000 Mk., die Wittenmann erhielt, entsprachen dem auf seine Brandversicherungssumme entfallenden Betrag. Er selbst hatte in einer von anderer Seite einberufenen Versammlung der Fahrnisbeschädigten es unterzückt, daß die Brandversicherungsbeträge der Verteilung als sichere Norm zu Grunde gelegt werden sollen. Wittenmann hat diese Versammlung nicht angesetzt, auch sonst keine Schritte getan in der Richtung, wie verteilt werden soll, sondern ließ die Sache einfach gehen.

Und nun kommt die „Frankf. Ztg.“ und die andere liberale und sozialistische Presse und behauptet nicht, daß Wittenmann weit über die Höhe seiner Fahrnisversicherung hinaus Schadenanprüche gestellt habe und entsprechend beteiligt worden sei. Es ist das ein starkes Stück von Tendenzmacherei. Man scheint geneigt zu übersehen, daß auch die anderen Empfänger über ihre Versicherungssumme hinaus Entschädigungen erhielten und daß nur die Nichtversicherer Anspruch auf die Hilfgelder gehabt hätten, wenn der Standpunkt, den jetzt die liberale Presse vertritt, hätte maßgebend sein sollen.

Wir betonen noch einmal: die ärmeren Brandgeschädigten erhielten ihren vollen Schaden ersetzt. Die Hilfgelder wurden so reichlich gegeben, daß nicht nur für die etwas Wohlhabenderen, sondern auch für die Eicht noch Gelder übrig blieben. Es haben auch andere, die eben so noch „beglückter“ waren als Wittenmann, sich ebenfalls beteiligt. Wittenmann hatte gar alles verloren und mußte alles neu aufschaffen. Er hat keine Ansprüche gestellt, die etwa hätten zurückgewiesen werden müssen. Was er tat, war lediglich, daß er nicht verzeigte auf das, was nicht auf seine Schadenssumme, sondern auf seine Versicherungssumme traf.

Man begreift wahrhaftig nicht, wie die Gegner bei dieser Sachlage sich nicht schämen, in so gedehnter Weise das Unglück des Nebenmenschen zu politischen Zwecken auszunutzen. Sächliche Gründe auf politischem Gebiet weiß der Liberalismus gegen das verhasste Zentrum nicht vorzubringen. Darum greift er zu so erbärmlichen Waffen. Es muß traurig um eine Partei bestellt sein, wenn ihre Organe so weit hermitgekommen sind.

Die „Badische Presse“ erwidert in einem wütenden Artikel auf unsere gestrigen Ausführungen. Sie übersteht über das dabei ganz, daß sie sich mit ihrer Stellungnahme gegen die Entschädigungen des Hilfsausschusses wendet, die doch die Zustimmung des Ministeriums gefunden haben. Will etwa die „Bad. Pr.“ glauben machen, daß sie vom Redaktionsstand aus ein besseres Urteil in diesen Dingen habe, als die Herren vom Hilfsausschuss und vom Ministerium, die mit der Sache betraut waren? Was den Fall Herzog-Wolter betrifft, so ist man sich auch in

liberalen Journalistenkreisen vollständig klar darüber, daß Herr Herzog nicht korrekt gehandelt hat. Wer anderen so leichtin den Vorwurf des Mittermords und damit indirekt des Meineides machen mag und sich so schwer zu einer jähwärtigen Erklärung verzieht wie Herr Herzog, soll sich in so belakaten Fragen nicht als Richter aufwerfen.

Die „Badische Presse“ besitzt keine Legitimation dafür, daß sie zu entscheiden hätte, wie die gesammelten Hilfgelder, auch die ihr von ihren Lesern zur Weiterbeförderung an den Hilfsausschuss übergebenen, verwendet werden sollten. Das war lediglich die Sache des Hilfsausschusses und der staatlichen Organe, die über die richtige Verteilung zu wachen hatten. Daß der Hilfsausschuss aber vollständig korrekt gehandelt hat beweist am besten die Tatsache, daß

1. Die ärmeren Beschädigten ihren vollen Schaden reichlich erhielt, ja wenn man die von Vereinen und Privaten geliehenen Naturalien kleiner u. s. w. hinzu nimmt, überreich bedacht wurden, sodas hier von einer Not absolut nicht mehr die Rede sein konnte;
2. daß die etwas vermöglicheren Brandgeschädigten ebenfalls in zufriedenstellender Weise entschädigt wurden;
3. daß trotz dieser weitgehenden Entschädigung für die Stadtgemeinde noch 200 000 Mk. übrig blieben zur teilweise Deckung ihres Brandschadens.

Diesen Tatsachen gegenüber spielen die verhältnismäßig geringen Summen, die die 3 höheren Beamten erhalten haben, doch kaum eine Rolle. Man übersteht offenbar genügend, daß die Liebesgaben außerordentlich reich flossen. Anger den von Vereinen verteilten Gaben, erhielt der Hilfsausschuss über eine Million. Man muß schon fragen: hätte der Hilfsausschuss aus den ärmeren Brandgeschädigten mit den Liebesgaben reiche Leute machen sollen, nur um den drei höheren Beamten nichts geben zu müssen? Wenn die liberale Presse erwidern will, muß sie zugeben, daß hier absolut kein Grund vorliegt, eine Entschädigung zu inzentieren. Wenn es dennoch geschieht, so geschieht es nur aus politischen Motiven!

Deutschland.

Berlin, 3. Sept. 1909.

Moniqueur Frühwirth über das Zentrum. Der päpstliche Nuntius in München, Dr. Frühwirth, sagte einem Abgesandten des „Matin“, der ihn interviewte, etwa folgendes über die Lage des deutschen Zentrums:
„Ich habe mich nicht mit Politik, sondern nur mit Religion zu befassen, und auf die Beobachtung des Dogmas achtzugeben, ich habe indessen die Reichstagsverhandlungen über die Finanzreform aufmerksam verfolgt, und ich wünschte aufrichtig, daß die Reform so bald wie möglich zustande komme. Das könnte wäre gewesen, wenn sie durch Zusammenarbeit eines Volkes, der alle Parteien zu umfassen hätte, zustande gekommen wäre, und daß es überhaupt nur einen solchen Weg gäbe. Das Zentrum scheint mir niemals die Macht erreicht zu haben, warum sollten auch die 82 Millionen deutscher Katholiken zustimmen? „Gut und der Kaiser?“ Die Katholiken lassen Andersgläubigen alle Freiheit, aber das muß auf Gegenseitigkeit beruhen. Von der religiösen Intoleranz des Zentrums zu sprechen, erscheint mir unangebracht. Umfaßt diese Partei nicht auch einige Protestanten. Zwingt man sie etwa gegen ihre Überzeugung zu stimmen? Den Modernismus hat man sehr übertrieben. Alles ist modern unter den Modernen, aber auf alle Fälle muß man das Dogma beachten, und das tat, glaube ich, Professor Schüller

eingelassen und ihm Heiratsverprechungen gemacht hat, können wir gegen ihn nichts machen.“
„Ich begreife nicht, wie Sie einen Mann, der doch Ihr Lebenslang sein sollte, noch immer auf die Basis antändlicher Meinungen stellen wollen!“ versetzte beinahe ungeduldig Gredenstein, dessen lebhafter Geist bereits alle möglichen Eventualitäten dieses interessanten Falles anzunehmen begann. „Wir scheitern fast, der Aufenthalt auf dem Lande hat Sie um Ihre ständliche Schneidigkeit gebracht.“
„Gewiß nicht, aber ich habe ernster und reifer denken gelernt und stehe daher jetzt schon von vornherein von dem Verfolg unmüder und phantastischer Pläne ab.“
„Aber, was wir vorhaben, ist gar nicht phantastisch, sondern soll noch sehr real ausfallen, und der Vertreffende, gegen den es gerichtet ist, soll gewiß noch daran denken müssen. Mich fängt es jetzt schon, diesem Geldproben Geldern, den ich nie habe leiden können, eins anzuhängen zu können und ehe ich davon ablasse, verkappe ich mich in alle möglichen Gestalten, und gebe den Schleidwegen dieses Herrn nach. Dem Bürgerschen wollen wir die Suppe ordentlich veralzen.“

Unwillkürlich erfahte Mersdorf große Setztheit. „Gredenstein, Sie sind ein Genie, an Ihnen ist wirklich ein Defekt verloren gegangen.“
Der Maler ging auf den heiteren Ton ein. „Ich habe es meinem Vater auch oft genug vorgepredigt, daß das kühnste Geringprobenieren in den Ecken der Stadt, wo man alle Augenblicke gefaßt sein muß, ein kaltes Eisen in den Leib zu bekommen, für mein unruhiges Blut besser gefaßt hätte, als dies Karbenkessen. Was wollte ich aber machen, ich mußte mit dem Mächtegebot fügen.“
„Und Sie sind dabei nicht schlecht weggekommen,

nicht, der sich in seinen Ansichten dem Franzosen Loisy näherte. Uebrigens bestimmet der Modernismus den Papst weit weniger, als man glaubt. Es gibt andere ungleich gefährlichere Kämpfe. So in Italien bei den Papsten und in Frankreich, wo die Lage der Katholiken ihm Unruhe einflößt.“
Dieses Interview des „Matin“ ist sicher mit der allgrößten Vorsicht aufzunehmen; es enthält nicht nur offensbare Unrichtigkeiten und Schiefheiten, sondern scheint uns auch um deswillen ungläubhaft, weil wir nicht ohne weiteres davon überzeugt sind, daß sich der päpstliche Nuntius in München von einem „Matin“-Korrespondenten ausfragen läßt.
Zu Ehren des Pfennigs schreibt die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ in ihrer jüngsten Wochen-schau:
„Der Mißbrauch verhältnismäßig hoher Belastung der von den neuen Steuern getroffenen Vermögensgegenstände hat im Laufe der Woche neue Taktler gefunden; und abermals wandte sich die Betrachtung dem schon vor acht Tagen hier berührten Thema zu: der Pfennig ist zu einem neuen mit dem Pfennig. Sehr richtig kalkuliert man, daß, wenn die Händler und Geschäftswelt ihren Verkaufsschlagn nach Pfennigen bemessen wollten, ihr Profitverlust reichlich wieder herauskäme, und das Publikum eine solche Mehrbelastung ohne Nutzen tragen würde. Aber in ganz Deutschland nördlich von der Mainlinie herrscht nun einmal eine gewisse Scheu vor dem Pfennig. Statt um 2, 3 und 4 Pfennig aufzuschlagen, müssen es 6, 10 und 15 Pfg. sein. Das empfindet die Bevölkerung, die rechnen muß, mehr oder minder schmerzhaft; und diese Bevölkerung ist doch in der Mehrheit. So hat denn die Wahrung zum Pfennig zurückzugreifen, ihre Berechtigung, zumal mit ihr zugleich ein Symbol für die Sparbarkeit aufgezeigt wird. Jedermann weiß ja, wie die Kupfermünze selbst in solchen Schichten des Volkes gering geachtet wird, die von der Hand in den Mund zu leben genötigt sind. Der Metzler im Restaurant würde ein ihm nach Pfennigen bemessenes Trinkgeld verächtlich liegen lassen, der Schaffner auf der Straßenbahn ein solches gar nicht annehmen und selbst der Bettler ein Almosen in Pfennigen kaum für würdig annehmen; in keinem Detailgeschäft gibt es etwas für zwei oder drei Pfennige zu kaufen; und allervornehmlich ist dabei: der Pfennig ist ein armerlicher Gesell! Das ist gewiß der Ausdruck einer allgemein hinausgehenden Lebenshaltung. Name der Pfennig wieder zu Ehren, so wäre das zweifellos ein für viele Kreise heilsamer Hinweis.“

„Aus dem Reichsland, 1. September. In den liberalen und sozialdemokratischen Blättern macht ein Artikel des katholischen Antizentrumsblattes „Der Lotbringer“ die Kunde, der von einem katholischen Pfarrer eingeschickt worden sei. Es soll damit bewiesen werden, wie die „Lotbringer Volksstimme“, das Zentrumslatt für Lotbringer, die materielle Unterstützung der katholischen Geistlichkeit in Anspruch nehme. In dem Artikel heißt es:
„Bekanntlich werden die katholischen Geistlichen erst am 1. April 1910 etwas Greifbares von der Gehaltsreform erfahren. Schon vor einigen Wochen, also neun Monate

schien es mir! Benutztens lieft man Ihren Namen bereits in allen Zeitungen, während Ihres Namens los in der Menge der gewöhnlichen Staatsgeborenen verfinst.“
„Ach, ich gebe nicht sonderlich viel darauf, was man von mir schreibt. Es ist soviel geschäftsmäßige Klame dabei, was aber in Wirklichkeit dahinter steckt, was ich von meiner Seele in das Bild gelegt, das wissen die Herren Kunstkritiker doch nicht.“
Er führte den Freund vor ein angefangenes Gemälde.
„Sehen Sie es einmal genau an und dann sagen Sie mir, was Sie davon halten. Bei Ihnen bin ich wenigstens sicher, die reine Wahrheit zu hören.“
Mersdorf betrachtete das Bild lange und aufmerksam. Es stellte ein schönes, interessantes Mädchen dar mit dunklen, schwärmerischen Augen, welches dem Gesange eines dunkelhäutigen Vogels lauschte, der vor ihm auf einer Stange saß. Vor dem Fenster hing ein goldener Käfig. Der junge Baron wandte sich endlich um und blickte kopfschüttelnd seinen Freund an.
„Nun, welchen Titel denken Sie, daß ich dem Bilde geben werde?“
„Ich muß gestehen, ich kann nicht Flug daraus werden.“
„Nicht? Dann werden es die anderen noch viel weniger! Ich frene mich schon darauf, was da alles wieder für Unsinn geredet werden wird. „Schwärmerei“ wird ich's einfach nennen. Ich habe mir selbst weiter gar nichts dabei gedacht, mich interessierte der schöne Mädchenkopf.“
„Also hatten Sie ein Modell zu dem Bilde?“
Der Maler erwiderte schuldig.
„Für die ersten Sitzungen ja! Dann aber verstand sie auf einmal, ich weiß es nicht, wohin. Ge-

Der Landstreicher.

Original-Roman von Richard Wähler.

Mersdorf wäre auf einen so raffinierten und im Grunde genommen doch wieder ganz einfachen und nachfolgenden Gedanken nicht verfallen und mußte die Lieberlichkeit seines Freundes anerkennen. Zugleich überdachte er, daß es durchaus keine Sünde, im Gegenteil ein nützliches Werk sei, die unglückliche Ehe von einem verhassten Verlobten, von einem aufgedrungenen Bräutigam mit schlechtem Charakter zu befreien und ihr das Glück zu verschaffen, das sie verdiente. Gredenstein war ein Allervolks-Don Juan und als solcher auch am besten dazu imstande, die Fäden eines Kollegen in Liebesjahren ausfindig zu machen.

Nach hatte Mersdorf wider den Plan Bedenken. So gerne er sich auf Abenteuer einließ, wenn es sich um seine eigene Person handelte, so zuwider war ihm ein Intriguenpiel gegen eine fremde Person und wenn es sich auch um einen Schurken handelte, der keine Schonung verdiente. Der Maler bemerkte das Bögen seines Freundes und erriet die Motive desselben.
„Mersdorf“, rief er lachend, „Sie wollen doch kein großes Kind sein, das man mit Gewalt zu seinem Willen schleppen muß. Wenn die Gelderns keine Mittel und Wege scheuten, um zu ihrem Ziel zu gelangen, so dürfen wir das ihnen mit gutem Gewissen nachmachen, zumal wir im Rechte sind. Sie brauchen nur nur die Erlaubnis zu geben, und ich werde sofort die einleitenden Schritte unternehmen. Daß ich nur Ihr bestes will, wissen Sie, dazu haben Sie mich schon genug erprobt, denke ich.“

Der Baron reichte dem Freunde die Hand.
„Hoffen Sie es nicht falsch auf, wenn ich Ihnen Worten nicht gleich zustimme. irgend welche Schonung verdienen die Gelderns ja nicht, nachdem sie an Graf Geyern so hinterlistig gehandelt haben. Doch setzen wir uns auch keinen Unannehmlichkeiten aus, wenn wir in der von Ihnen beabsichtigten Weise vorgehen!“
„Das lassen Sie nur meine Sorge sein, ich habe Erfahrung in derlei Dingen. Bis zu welcher Höhe würden Sie mir eventuell Ihre Hilfe zur Verfügung stellen?“
„Versüßen Sie nach Belieben darüber, ich würde gern mein ganzes Vermögen daran setzen, wenn ich dadurch das entschwindende Glück wieder zurückrufen könnte.“
„Bon! Nur guten Mutes, mit Geld und der entsprechenden Portion Schlaubeil läßt sich in der Welt viel erreichen. Geldern mag auf noch so geheimen Wegen gehen, wir wollen ihm schon dahinter kommen und die letzten, die triumphieren, sind doch wir.“
„Wie wollen Sie denn das anfangen?“ erkundigte sich Mersdorf, den die Zuberstich des Freundes endlich aus der Letzgarie dumpfen Schmerzes zu reihen begann. „Ich möchte es gerne vermeiden, mich an ein Detektivinstitut zu wenden. Wenn man sich auch auf die Verjährbarkeit dieser Herren verlassen kann, so möchte ich doch nicht, daß noch mehr Menschen in die heikle Angelegenheit eingeweiht werden, zumal wir noch gar nicht einmal wissen, ob wir dem Baron mit unserem Verdacht schließlich doch nicht Unrecht tun. Es kann ja immerhin sein, daß Geldern überall bloß vorübergehende Liebesleien angeknüpft hat und bevor wir nicht nachweisen können, daß er sich mit einem Mädchen in ein ernstes Verhältnis

eingelassen und ihm Heiratsverprechungen gemacht hat, können wir gegen ihn nichts machen.“
„Ich begreife nicht, wie Sie einen Mann, der doch Ihr Lebenslang sein sollte, noch immer auf die Basis antändlicher Meinungen stellen wollen!“ versetzte beinahe ungeduldig Gredenstein, dessen lebhafter Geist bereits alle möglichen Eventualitäten dieses interessanten Falles anzunehmen begann. „Wir scheitern fast, der Aufenthalt auf dem Lande hat Sie um Ihre ständliche Schneidigkeit gebracht.“
„Gewiß nicht, aber ich habe ernster und reifer denken gelernt und stehe daher jetzt schon von vornherein von dem Verfolg unmüder und phantastischer Pläne ab.“
„Aber, was wir vorhaben, ist gar nicht phantastisch, sondern soll noch sehr real ausfallen, und der Vertreffende, gegen den es gerichtet ist, soll gewiß noch daran denken müssen. Mich fängt es jetzt schon, diesem Geldproben Geldern, den ich nie habe leiden können, eins anzuhängen zu können und ehe ich davon ablasse, verkappe ich mich in alle möglichen Gestalten, und gebe den Schleidwegen dieses Herrn nach. Dem Bürgerschen wollen wir die Suppe ordentlich veralzen.“

Unwillkürlich erfahte Mersdorf große Setztheit. „Gredenstein, Sie sind ein Genie, an Ihnen ist wirklich ein Defekt verloren gegangen.“
Der Maler ging auf den heiteren Ton ein. „Ich habe es meinem Vater auch oft genug vorgepredigt, daß das kühnste Geringprobenieren in den Ecken der Stadt, wo man alle Augenblicke gefaßt sein muß, ein kaltes Eisen in den Leib zu bekommen, für mein unruhiges Blut besser gefaßt hätte, als dies Karbenkessen. Was wollte ich aber machen, ich mußte mit dem Mächtegebot fügen.“
„Und Sie sind dabei nicht schlecht weggekommen,

vor diesem Termin, hat man es gewagt, an die Geistlichen heranzugehen, mit dem Antrage, die Gehaltserhöhung („es sei ein gesundenes Geld“) vom 1. April zur Unterstüzung der „Volksstimme“ herzugeben. Es ist schwer, einen ankündigenden Ausdruck zu finden, um diesen Antrag zu charakterisieren.“

Hieran wird nun folgende Bemerkung geknüpft: „Man bedenke: ein Blatt des angeblich nichtkonfessionellen Zentrums wendet sich ausgerechnet an die katholische Geistlichkeit, um diese Gehaltserhöhung. Dabei hätte sich das Blatt, als die Gehaltserhöhung vor dem Landesauschuss verhandelt wurde, nicht genug tun können, über die „unwürdigen“ Gehälter, die da geboten wurden. Jetzt nennt es die Erhöhung „gesundenes Geld“. Das soll doch wohl heißen an der Staatskasse „gesund“, und der Staat soll nun gar mit diesem Geld ein Parteiblatt des Zentrums unterhalten.“

Aus genauer Kenntnis der Verhältnisse heraus gestatten wir uns verschiedene Fragen und Einwände. Wer ist der „man“, der angeblich diese Unterstützung gefordert hat? Die offizielle Zeitung der Zentrums-Partei in Lotbaringen oder in Weg hat mit der ganzen Sache absolut nichts zu tun. Weder der Verlag der „Volksstimme“, noch der Aufsichtsrat der Lotbaringer Verlags- und Hilfs-Gesellschaft hat irgend etwas getan, was dem ähnlich ist. Weder die Redaktion noch die Expedition haben etwas verlauten lassen, was in diesem Sinne zu denken wäre. Es mag möglich sein, daß in irgend einer privaten Vereinigung von Geistlichen das Wort gefallen ist, daß man bei einer etwaigen Erhöhung der geradezu traurigen Gehaltsbezüge die etwaige Lotbaringer Geistlichen auf katholischer Seite — die protestantischen waren bereits früher ihnen gegenüber überreichlich bedacht und bei der Gehaltserhöhung sind sie nicht schlecht gefahren — auch etwas mehr für die katholische Presse tun können. Wir wissen nicht, ob der Ausdruck „gesundenes Geld“ wirklich gefallen ist; das aber wissen wir, daß die weit überwiegende Mehrzahl der katholischen Geistlichen Lotbaringens, so wie sie finanziell gestellt waren, der Gehaltserhöhung keine Kränze nachgeben hätten, wenn sie zu Fall gekommen wäre; sie haben ihre Opferwilligkeit für die Zentrums-Partei trotz ihrer kläglichen Einkünfte bewiesen, weil sie der Ueberzeugung waren, daß die früheren Verhältnisse unhaltbar waren; es hat dazu keines Druckes von irgend einer Seite bedurft. Oder sollte etwa durch die oben wiedergegebene Aufstellung des „Volksringers“, der sich „katholische“ Tageszeitung nennt und Protestanten und Namenkatholiken gerade genug zu seinen Mitgliedern zählt, ein Frischfang auf die katholischen Geistlichen Lotbaringens versucht werden? Was dieses Blatt, das von einem früheren in Gößau tätig gewesenen Geistlichen, der den Umweg über das französische Bistum Aix wählen mußte, um Lotbaringen mit seiner Tätigkeit zu beglücken, gegen das Zentrum bisher an Verbeugung geleistet hat, das geht, um einen drastischen Ausdruck zu gebrauchen, auf keine Kuhhaut. Schrieb es doch erst dieser Tage, wer in Lotbaringen für das Zentrum eintrete, der handle wie Bogaine, der sei ein Verräter seines lotbaringischen Heimatlandes. — Uebrigens geht das Gerücht, daß der geistliche Chefredakteur des „Volksringers“ von dem Bischof von Weg genehmigt worden ist. Die gegenwärtige Presse wird das natürlich parteipolitisch anschnalzen; ein Anlaß hierzu liegt aber unseres Wissens nicht vor. So viel für heute.

Die badischen liberalen Blätter können ihre Enttäuschung sparen, oder sie mögen sich auch darüber erheben, daß schon mancher Amtverrückter die tatkräftigste journalistische Unterstützung von amtlichen Stellen gewonnen hat und vielleicht noch genießt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das „Karlsbader Tagblatt“ veröffentlicht den Depeschenwechsel zwischen Kaiser Franz Joseph und dem in Karlsbad zur Kur weilenden Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft Dr. Deucher. Der Präsident teilt dem Kaiser mit, daß er sich sehr über die Gastfreundschaft des Kaisers freut. Der Kaiser antwortet, daß er sich sehr über die Gastfreundschaft des Kaisers freut. Der Kaiser antwortet, daß er sich sehr über die Gastfreundschaft des Kaisers freut.

forben, verdorben, ich habe keine Ahnung, das Mädel wollte durchaus zum Theater, und niemand konnte es halten.“ (Fortf. folgt.)

Theater und Kunst.

— Zum Literaturkritik-Kritik. Im Augustheft der „Stimmen aus Maria-Theresien“ hat in der Kontroverse zwischen Kritik und Kritik nun auch der Literaturkritiker Vater A. Wagner die Feder ergriffen. Viele haben das mit Freude begrüßt. Zu einem schiedsrichterlichen Urteil bringt er nicht nur eine hervorragende Kompetenz, sondern auch die erforderliche Selbständigkeit, Unparteilichkeit, vor allem aber feste Grundsätze und den Mut männlicher Offenheit mit. Er mag sich jedoch weder ein Schiedsrichteramt an noch versucht er, die Streitenden zu veröhnen. Kritiks letzte Brotschürze lag ihm noch nicht vor. Ganz unabhängig von ihm, hauptsächlich an der Hand der drei Veremundus-Broschüren und ihrer Wirkung, weiß er, mehr als Literaturkritiker denn als Literaturkritiker, bis zur Evidenz nach, daß St. Ruth, wenn er es auch noch so gut gemeint haben mag, tatsächlich die wiederholende Entwidlung der katholischen Literatur mit seinen Insuperioritätslagen und seiner subjektivistischen Kritik in nachteiligster Weise gesteuert, ihre konfessionelle Integrität mehr gefährdet als gehoben, ihren stillen Ernst und ihre künstlerische Strenge zugleich gelockert, Bellettrismus und Kritik vorzugsweise profanitätsförmig unterstellt und durch geringfügige Verhöhnung am meisten jene katholischen Schriftsteller gefährdet hat, welche für die religiösen Interessen der Literatur am eifrigsten und wärmsten eingetreten sind. Das Urteil ist hart, aber gerecht und mit klarer Folgerichtigkeit begründet.

Ueber die höchsten Muths macht sich Vater Baumgartner kein Urteil an. Persönliche Muthsichten sind völlig ausgeschlossen. Weit entfernt, der Ehre Muths nahe zu treten, hebt der Aufsatz aus seiner letzten Schrift ausführlich gerade jene Stellen hervor, welche ein durchaus katholisches Literaturprogramm bedeuten und mit dem Programm des „Oral“ in seiner wesentlichen Grundgedanken übereinstimmen. Aber ebenso klar ist nachge-

holenen Anlaß wahrzunehmen, um auch in einen der Schweizer Bodenseestädte anzulanden. Mit den besten Wünschen für den Herrn Präsidenten Wohlergehen und für die glanzvolle Zukunft der Schweiz erbietet ich Ihnen meine wärmsten, von aufrichtiger Ergebenheit bezeugten Grüße.“

o Zur parlamentarischen Lage in Oesterreich. Wie politische Wälder von inkompletter Seite erfahrene, blühte die Auflösung des Reichsrates und die Ausschreibung von Neuwahlen unvermeidlich sein, da die Regierung keine Aussicht hat, das bisherige Parlament arbeitsfähig zu machen.

Balkanstaaten.

o Der Krieg in Albanien. Das kaiserliche Kriegsministerium hat bei der Orientbahn 600 Eisenbahnwagen für Pferde- und Munitionstransporte nach Adriandale bestellt, 130 Wagen gehen heute nacht ab. Die Transporte sollen zur Vervollständigung des Kriegsmaterials des zweiten Korps bestimmt sein. — General Dschavid Pascha bereitet eine neue Expedition gegen die aufständischen Albanier vor. In Zepel und Mogovo sind bereits große Truppenmassen versammelt. Der Albanierführer Issa Pashitsch soll nach Montenegro geflüchtet sein. Bekanntlich sind die Vorgänge in Albanien noch in den letzten Tagen als „unbedeutend“ bezeichnet worden. Man sieht also wiederum, was von solchen offiziellen Meldungen zu halten ist.

o Amnestie in Griechenland. Ein königliches Dekret ernennt die Amnestie für Teilnehmer an der Bewegung vom 27. und 28. August auch auf Zivilpersonen aus.

Frankreich.

o Zum Streit der Seelen. Der Unterstaatssekretär für die Marine, Cheron, hat angesichts des neuen Zwischenfalls, verursacht durch die eingeschriebenen Seeleute in Marseille die Marine-Verwaltung telegraphisch angefordert, den Zwischenfall mit den Seeleuten sofort zu erledigen. Den Seeleuten hat er mitgeteilt, daß sie nicht eher in den Auslandsdienst dürfen, bis sie ihm ihre Forderungen unterbreitet hätten. Infolgedessen haben die Seeleute sofort ihre Arbeit wieder aufgenommen. Zwei Dampfer konnten bereits abfahren.

o Ein Meeting gegen den Krieg. Die Mitglieder des internationalen Kongresses der Arbeiter-Unionen hielten vorgestern abend in Paris ein Meeting gegen den Krieg ab, auf dem die auswärtigen Delegierten nach einander das Wort ergriffen. Der deutsche Delegierte sprach sich gegen den Krieg aus, bemerkte aber, daß das deutsche Proletariat den Krieg nur teilweise mißbilligt. Inzwischen würde er sich bemühen, Einstimmigkeit in dieser Frage zu erzielen.

— Pfändung eines Erbstücks. Der „Matin“ meldet aus Toulouse: Bei dem Erbstück von Auch, der zu 500 Franken Selbstwert verurteilt worden war, dieses Urteil aber nicht anerkennen wollte, wurde gestern in Abwesenheit des Erbstückes zur Pfändung seines Mobiliars geschritten, das am 11. d. M. öffentlich auf dem Marktplatz von Auch verkauft werden soll. Auch bei mehreren Priestern, die zugleich mit dem Erbstück verurteilt worden waren, ist die Pfändung vorgenommen worden. In Auch herrscht ziemlich Erregung.

Baden.

Karlsruhe, 3. Sept. 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn von Marschall die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Großkreuzes des Herzoglich Sächsisch-Erbsächsischen Hausordens zu erteilen, ferner den nachgenannten Beamten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen die gleiche Erlaubnis für die ihnen verliehenen königlichen Sächsischen Auszeichnungen zu erteilen und zwar dem Oberregierungsrat Robert Bornung für das Ritterkreuz des Nordsternordens, dem Betriebsinspektor Ludwig Kirsch für das Ritterkreuz 2. Klasse des Besonderen Ordens und dem Revisor Emil Reckanus für das Besondere.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Professor Dr. Franz Reich am Gymnasium in Offenburg in gleicher Eigenschaft an das Friedrichsgymnasium in Freiburg zu versetzen und den Vorstand der höheren Bürgerschule in Säckingen Dr. Anton Braun zum Professor am Gymnasium in Offenburg zu ernennen.

Als Entschädigung Großherzoglichen Ministeriums des Innern wurden die Advokaten Karl Lang und Karl Weinmann beim Bezirksamt Freiburg etatmäßig angestellt, sowie Magistral Gabriel Buscher in Woggen zum Bezirksamt Wülzburg versetzt.

Als Entschädigung Großherzoglichen Ministeriums wurde dem Hauptlehrer und Musikschulleiter Ernst Reiter an der Volksschule in Heidelberg die etatmäßige Amts-

wiesen, daß Muth zur Erreichung dieses Zieles nicht den richtigen Weg eingeschlagen hat, daß die katholische Literatur vielmehr auf den von ihm verlassenen Pfad zurückgehen muß, wenn sie nicht völlig inferior werden und unter protestantische Vormundschaft gelangen soll. Dies ist der Weg zum Frieden, den wir alle ersehnen! In die Luft und in den Nebel hinein lassen sich keine Brücken bauen.

Die kirchliche Lehre und die kirchliche Autorität müssen eheverbotlich berichtigt, christliche Muth und Scham treuer behütet, die Schwärze der Kritik muß mitvoll auch gegen die Feinde des Glaubens, nicht ausschließlich aber vorzugsweise gegen die eigenen Glaubensgenossen gewendet werden, wenn Anklage und Sittenlosigkeit nicht auch die katholische Literatur mit in das Chaos des Niederganges hineinziehen soll! Nur in festen Grundsätzen liegt der nötige Halt, von dem aus sich Brücken bauen lassen.

Kirchliche Nachrichten.

o Abotszell, 3. Sept. Der Oberaufsichtsrat der assurecuria clericorum (geistlichen Feuerversicherung) in Berlin ist mit der auf der Generalversammlung zu Offenburg, 7. Juli, beschlossenen Vereinbarung der beiden Fonds in eine einzuführen. Damit ist ein Stein des Anstoßes für immer beseitigt. Er ist damit zuzubeden, wenn die Generalversammlung gegen der nicht gerade wesentlichen und tief eingreifenden Satzungsänderung auch erst zu Anfang des Jahres 1910 geschieht, damit nicht zwei Generalversammlungen in einem Jahre abgehalten werden müssen. Durch die Verschmelzung beider Fonds ist, wenn nicht besondere Anlässe eintreten, die assurecuria nach menschlicher Berechnung fest gesichert. — Auf dem Frauenberg bei Bodman, einer ehemaligen Klosterinsel-Expositur von Salem, findet am Maria Geburt immer eine Predigt am Nachmittag im Freien statt. Hunderte von Gläubigen kommen da zusammen. Herr Pfarrer Krambruster in Maitthausen hat dieses Jahr die Predigt übernommen. Der Pfalz ist zugleich ein herrlicher Aussichtspunkt auf den Leberlinger See und die Berge des Ringgau.

stelle eines Musiklehrers an der Oberrealschule in Heidelberg und dem Hauptlehrer und Realschullehrer Ernst Bäcker an der Volksschule in Konstanz die etatmäßige Stelle eines Musiklehrers am Gymnasium dajelbst übertragen, Musiklehrer Karl Keller an der Realschule in Neuland in Mannheim versetzt und die Ernennung des Hauptlehrers und Realschullehrers Karl Baas an der Volksschule in Mannheim zum Musiklehrer am Gymnasium in Konstanz zurückgenommen.

Herr Stadtpfarrer Dr. Feurstein in Donaueschingen

Schreibt uns: „Sehr geehrte Redaktion! Ich erlaube mir, auf Nr. 196 Ihres Blattes, daß Herr H.F. Korrespondent auch nach den Feststellungen des „Volksfreund“, die natürlich nicht authentisch sind, aber die logisch einzig mögliche Deutung in überzeugender Weise gegeben haben, an seiner Auffassung festhält, als hätte ich mit dem Vorwurf der arroganten Unwissenheit von mir gefasste und verehrte Männer wie Dr. Hige, Dr. Pieper, Trimbom, Dr. Zehner, M. Herzig und andere treffen wollen. Ich verstehe wirklich nicht, wie man einem vernünftigen Menschen und Priester eine so unangehörige Absicht unterstellen kann und ich bedauere, mich hier gegen meine eigene Parteipresse in Abwechslung zu setzen. Ich erkläre, daß zu dieser frühen Unterstellung auch nicht die Spur der Berechtigung gegeben war, da aus dem ganzen Zusammenhang die Beziehung auf die bekannten Vorgänge im Jura-Buch für jeden politisch geschulten Leser mit genügender Klarheit zu Tage trat.“

Donaueschingen, 2. September 1909.

In vorzüglicher Hochachtung ergebend Dr. Feurstein.

Es ist ja erfreulich, wenn Herr Dr. Feurstein es von sich weiß, gegen die Führer des Zentrums in wirtschaftlichen und Steuerfragen den Vorwurf „arroganter Unwissenheit in Steuerfragen“ erhoben zu haben; lieber kommt diese Erklärung reichlich spät, nachdem sowohl die sozialdemokratische wie die liberale Presse den Artikel des „Volksfreund“, von dem in verschiedenen Wäldern zu lesen war, daß er die Ausführungen Dr. Feursteins richtig wiedergebe, weidlich gegen das Zentrum ausgeht hat. Der Artikel konnte nur so ausgelegt werden, daß die darin enthaltenen Vorwürfe das Zentrum treffen sollen. Darüber waren Freund und Gegner einig. Herr Dr. Feurstein kann daraus erleben, wie gefährlich es ist, mit solchen Worten ganz allgemein um sich zu werfen, zumal wenn ein sozialdemokratisches Blatt zuerst in die Lage kommt, diese Ausführungen zu veröffentlichen. Der „Volksfreund“ hat die Ausführungen des Herrn Dr. Feurstein sofort benützt, um dem Landtags-geordneten Wegler, der lediglich über die Reichsfinanzreform in aufklärendem Sinne referierte, den Vorwurf des Volksverrats zu machen. Ueber H. r. Korrespondent hat also der Worten Feursteins die einzig richtige Deutung gegeben. Die hiesigen Bemerkungen Dr. Feursteins, die nur seine Verrothung verraten, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Wenn Herr Dr. Feurstein sich mit einer gewissen Gerichtigkeit über die Ansetzung seiner Worte in der Zentrums-Presse äußert, so halten wir ihm zu gute, daß der Stein weitergerollt ist, als er wollte, nicht durch die Schuld der Zentrums-Presse, sondern durch den Mißbrauch, den die liberale und sozialdemokratische Presse mit seinen Worten trieb, und daß ihm das jetzt sehr unangenehm ist. Daß nur die Jura-Buch-Versammlung gemeint ist, ist leider nicht mit genügender Deutlichkeit aus dem Artikel des „Volksfreund“ hervorgegangen. Es hat ihn unseres Wissens niemand so angelegt.

Herr Dr. Feurstein erwidert die „König. Volksztg.“ um Aufnahme des folgenden: „Sie bringen in Ihrer geschätzten Zeitung eine Korrespondenz aus dem badischen Oberlande, wonach meine Ausführungen über die Finanzreform bei den Arbeitern selbst, auf energischen Widerspruch gestoßen“ seien und ein Versammlungsteilnehmer Protest gegen meine „Ausfälle wider das Zentrum“ eingelegt, worauf ich den summen Ramm gepöbel habe. Ich bitte Sie, demgegenüber folgendes feststellen zu dürfen: Der Versammlungsteilnehmer war der Großh. Bezirks-geometer Vach, der als Disziplinirter durchaus sachlich und in den üblichen Gedankengängen des Standpunktes des Zentrums vertrat. Ein Protest gegen meine Ausfälle auf das Zentrum“ konnte schon deswegen nicht erhoben werden, weil ich in der mir gewohnten Weise über die Sache gesprochen hatte. Den Einwendungen des Herrn Redners bin ich selbstverständlich in längerer Ausführungen Punkt für Punkt gefolgt. Von einem „energischen Widerspruch bei den Arbeitern selbst“ war keine Rede. Ich kenne mein Publikum und habe vielmehr den Eindruck einer geschlossen zustimmenden Stellungnahme der anwesenden Arbeiter zu meinen Grundfragen. Donaueschingen, 28. August 1909. In vorzüglicher Hochachtung ergebend Dr. Feurstein.“

Der geschlossene zustimmende Stellungnahme der anwesenden Arbeiter wird in der „König. Volksztg.“ widersprochen.

Wenn's umgekehrt geht!

Der „Volksfreund“ vergießt viel Tinte und Bruder-schwärze, um sich über „fanatische Bauernbündler“ zu beklagen, die letzten Sonntag in Friesingen sich gegen die Weisheit des sozialdemokratischen Kandidaten Wiltger aufreichten. Wenn das wahr ist, was der „Volksfreund“ zu erzählen weiß, ist's ja nicht gerade schön, aber ganz so schlimm scheinen die Bauernbündler in Friesingen nicht gehaut zu haben, wie die Genossen in der konservativen Versammlung in Hohenwettersbach. Jene konnte doch zu Ende geführt werden, diese aber nicht. Der „Volksfreund“ hat deshalb keinen Grund zur Klage. Die Genossen machen nicht besser, sondern im Gegentheil noch schlimmer.

Russische Spizel in Heidelberg.

Der „Neuen Bad. Volksztg.“ wird aus Berlin telegraphiert: „Die heutigen Morgenblätter bringen lange Interviews der von Wurgem entlarvten Agentin Jutshenko, der Lieferantin des russischen Wagens, wie man sie nennen könnte. Frau Jutshenko wohnt hier in Berlin mit ihrem 12-jährigen Sohn. Sie macht einen durchaus unigen und sicheren Eindruck. Sie ist etwa 38 Jahre alt, hellblond, von sammtlicher Struktur. Da sie eine Wille trägt, sieht sie fast aus wie ein Blauschiff. Aus ihren Angaben hebe ich folgendes hervor: Suidalow, so erzählt sie, dirigierte mich nach Heidelberg, wo eine große Anzahl Russen subvertiert, und die revolutionäre Bewegung mehr Boden fand als in Leipzig, wo ich vorher sechs Jahre lang lebte. Auf Veranlassung des Chefs der russischen politischen Partei im Ausland bekannte ich mich offen zur Partei der revolutionären Sozialisten. Ich gelangte in die geheimen Kreise der Revolutionäre und nahm an allen Unternehmungen Theil. Ich blieb 1 1/2 Jahre in Heidelberg, knüpfte eine Menge Beziehungen zu dortigen und durchreisenden Russen an, die mich ihrerseits wieder in

die geheimen Kreise Moskauer empfahlen. Ich bezog ein sehr hohes Gehalt. Erpstat habe ich davon nichts. Wenn Wurgem mich nicht entlarvt hätte, so wäre ich noch nach dem Tode als Revolutionärin gefeiert worden. Frau Jutshenko erklärt auf das Bestimmteste, daß sie in Berlin keine Partei-Beziehungen zu der russischen Polizei hatte. (Dem möchte Ihr Korrespondent aber doch widersprechen.) Frau Jutshenko erhielt auch gestern einen Brief von Wurgem aus Paris, in dem sie angefordert wird, nach Paris zu kommen. Sie erwiderte in einem Telegramm: „on est votre vèrite?“ Frau Jutshenko glaubt sicher, daß sie von Revolutionären werde ermordet werden. Sedenfalls, so sagte sie, habe sie vor dem Tode, dem sie Jahre lang in's Auge gefaßt habe, keine Angst.“

Die Finanzreform und die badischen Landtagswahlen

behandelte der Chef der badischen Zentrums-Partei Geißel, Dr. Wacker am Mittwoch im katholischen Volksverein Freiburg-Bielebe, wobei er nach der „Freib. Tagespost“ gegenüber der gegenwärtigen Steuerbege auch von liberaler Seite folgende interessante Gesichtspunkte geltend machte:

„Man weiß nicht, ob man mehr bösen Willen oder eine bodenlose Unwissenheit annehmen soll, wenn man wahrnehmen muß, wie illohal gerade auch die Liberalen des Zentrums wegen seiner Mitarbeit an der Finanzreform bedampfen.“

Wie hängt nun die Reichsfinanzreform mit den Landtagswahlen zusammen? Das haben die Gegner des Zentrums fertig gebracht. Seitdem die Finanzreform erledigt ist, ist ein Sturm der Gebe durch das badische Land gebracht. Und die Finanzreform wird als Gegenmittel gegen das Zentrum benützt. Die Gegner wollen damit den Boden gefahren haben, auf welchem sie gegen das Zentrum vorgehen können. Erst in den letzten Tagen hat es durchgedrückt, daß es bei der maßlosen Gebe gegen die Finanzreform weniger auf die neuen Steuern ankommt, als vielmehr auf die Landtagswahlen.

Und doch sind die Aufgaben und Sorgen der badischen Regierung und des badischen Volkes in nächster Zeit außerordentlich schwere und beratungswürdig. Es ist schwer, daß die Steuerbereitschaft nicht in der Welt gesendet werden darf, was es durch diese Gebe gefahren. Es hat bei uns in Baden kaum jemals eine Zeit gegeben, in welcher an die pflichtgemäße Steuerbereitschaft mehr erinnert werden muß, als im Jahre 1909. Das haben wir erst in allerjüngster Zeit vom badischen Finanzminister wohl selber durch die Presse gehört. Die Mittel im Staatshaushalte reichen nicht mehr. Es wird nicht daran heranzukommen sein, daß in der Verwaltung ein Spar- und Genügsamkeitssystem zur Anwendung kommen muß. Und wer wird hierin in allererster Linie getroffen. Die zahlreichen Beamten mit ihren Familien. Man will vereinfachen in der Staatsverwaltung, und man hat schon gehört, daß da und dort ein oder das andere Amt eingehen soll. Bedenkt man nicht, daß dadurch viele Familien in Mitleidenschaft gezogen werden? Für eine zielbewußte, vernünftige Vereinfachung und Spararbeit im Staatshaushalte muß man eintreten; man muß aber gleichzeitig wünschen, daß die Interessen der Beamten, besonders der unteren Beamten mit ihren Familien, dabei nicht geschädigt werden. Dazu ist eine pflichtgemäße Steuerbereitschaft erforderlich, und es ist bezeichnend für eine Partei, die sich so nahe zur Regierung stellt, daß gerade sie die Steuerbereitschaft des Volkes in diesem Maße gefährdet. Der Regierung ist dabei auch der Geber nicht zu sperren, daß sie das verheerende Staatsgefährliche Treiben der liberalen Presse in gar keiner Weise einspart hat. Das kommt in dem ihr zur Verfügung stehenden Regierungsbudget, der „Karlsruher Zeitung“, geistlich. Tatsächlich ist die Regierung in diesem Punkte für manches verantwortlich zu machen.

Diese Dinge sind sehr ernstlicher Natur und es sollte ihnen ernstlich ins Auge gefaßt werden von Mitgliedern aller nationalen Parteien. Wir müssen wünschen, daß wir einen geordneten Staatshaushalt haben, wünschen, daß wir eine würdevoll gerechte Verteilung der Lasten erreichen und deshalb sollten diese Dinge auch nicht ohne Verstand des Parteiführers sein.

Ueber die Ausführe der Parteien im Wahlkampf führte Wacker aus: „Niemand — so führte er aus — sei es so früher gewesen, über die Ausführe, die in Betracht zu geben sind, sich zu äußern, als im Jahre 1909. Und zwar deshalb nicht, weil man nicht voraussetzen kann, wieviele Staatsbürger durch die Vererbung wegen der Finanzreform auf Kosten des Zentrums irregeführt werden. Das Irreführen und Irremachen war der alleinige Zweck dieser maßlosen Gebe. Man sollte aber meinen, es sei unmöglich, daß diejenigen, die sich zur Zentrums-Partei bekennen, schon länger zu ihr hielten, daß diese heute, in dem hoch entscheidungswichtigen Jahre 1909 sich durch irgend etwas irre machen lassen, der Zentrums-Partei treu zu bleiben. Das springt doch jedermann in die Augen, daß diese Gebe nur den Zweck hat, die Wähler des Zentrums zu beeinträchtigen, und wer sich da irre machen läßt, der läuft Gefahr, nur die Gebe, der Gegner zu befragen. Wenn der Feind antritt, dann schlägt man ihn fester und einmütiger zusammen, denn den Anjurer abzuweisen. Ich glaube mit Zurecht annehmen zu können, daß in unseren Parteikreisen das Verständnis für die Zeichen der Zeit zu finden ist. Und ist das der Fall, dann haben wir gute Hoffnung, das zu befehlen, was wir 1909 uns erungen haben und haben weiter Aussicht, auch das eine und das andere dazu zu gewinnen.“

Redner schloß: „Auf jeden Fall wollen wir uns vornehmen, unsere Pflicht zu tun, fest auf dem Boden zu stehen und das zu leisten, was man billigerweise von uns erwarten kann. Trotz dieses Feldzugs der Lage und der „Brandmarter“ — wie der liberale Parteiführer Ökford für sie ankündigte —, trotz der Schwierigkeiten, die uns sonst im entgegenstehen, wollen wir den erträglichsten Erfolg erzielen. Und wenn das der Fall sein sollte, so dürfen wir um einige Mandate verstärkt in den Landtag einziehen. Dieses Schlussergebnis ist möglich, wenn alle Zentrumsmitglieder ihre Pflicht erfüllen. Dann ist erreicht das Zurückdrängen des Liberalismus in eine Winderbeite und eine Zusammenführung der Kammer aus einer aus gesprochenen Mehrheit der Rechten. Und ich möchte glauben, daß wenn am Tage des Volksrechts, am 21. Oktober, dieses Ziel erreicht wird, es kein dunkler Tag für das badische Volk sein wird.“

56. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Breslau 1909.

CPC. Breslau, 2. September 1909. In der letzten geschlossenen Generalversammlung wurde H. „König. Volksztg.“ von Prälat Dr. Pieper ein Antrag begründet der sozialen Stellung betr. bessere Gestaltung der sozialen Verhältnisse im allgemeinen. Arbeitersekretär Gieseler beipflichtet dem in einzelnen die Gebung der wirtschaftlichen Lebenshaltung der Bevölkerung und weist darauf hin, daß trotz dieser Gebung die sozialen Verhältnisse schärfer werden. Dies liegt an dem Ueberhandnehmen des Luxus in den reichen und vornehmten Kreisen. Alle Stände müßten die Kunst der Sparsamkeit besser lernen. Diese Mahnung richtete er

